



An den  
Bezirksbürgermeister  
im Stadtbezirk Ricklingen  
Herrn Andreas Markurth  
o.V.i.A.

über Fachbereich Personal und Organisation  
OE 18.63.09 Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten

Hannover, den 11.01.2022

### **Antrag**

gem. § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die nächste Sitzung des Bezirksrates Ricklingen

### **Unterrichtung des Bezirksrats zu Bauvorhaben**

#### **Der Bezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird gebeten, den Bezirksrat unverzüglich über die im Jahr 2023 geplanten Hoch- und Tiefbaumaßnahmen im Stadtbezirk zu informieren. Hierzu soll ein gesonderter nicht-öffentlicher Termin stattfinden. Ein solcher Informationstermin soll zukünftig zu Beginn eines jeden Jahres stattfinden. Er ersetzt nicht die laufende Information über aktuelle Bauvorhaben.

In dem ersten Termin soll zusätzlich diskutiert werden, wie der politische Gestaltungsspielraum des Stadtbezirksrats trotz der eingeschränkten personellen Ressourcen der Verwaltung erhalten werden kann.

#### **Begründung:**

Im letzten Jahr hat es vermehrt Kritik an dem Zeitpunkt und dem Umfang der Informationen zu relevanten Bauvorhaben im Stadtbezirk gegeben. Ein fester Termin zu Beginn des Jahres ermöglicht einen umfassenden Austausch, außerdem können auch Fragen zu einer möglichen Priorisierung bei konkurrierenden Vorhaben, z.B. zu Straßen- und Radwegsanierungen in einem vertraulichen Rahmen diskutiert werden. Nach § 93 Absatz 1, Ziffer 2 NKomVG fällt die Festlegung der Reihenfolge von Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen, deren Bedeutung über den Stadtbezirk nicht hinausgeht, in die Zuständigkeit des Stadtbezirksrats. Nur mit hinreichenden Informationen kann der Stadtbezirksrat diese Verantwortung wahrnehmen.

Ein solcher Austausch hat in früheren Jahren auch ohne einen entsprechenden Antrag des Bezirksrats stattgefunden. Aktuelle Entwicklungen im laufenden Jahr sollen auch weiterhin im öffentlichen oder nicht-öffentlichen Teil der regulären Bezirksratssitzungen erörtert werden.

Mehrere ablehnende Entscheidungen der Verwaltung zu Beschlüssen des Bezirksrats, insbesondere aus dem Baubereich, wurden nicht mehr (oder nur nachrangig) inhaltlich begründet, sondern mit dem Hinweis „Die Verwaltung ist mit der Bearbeitung beschlossener Projekte sowie bereits positiv beschiedener Anträge aus den Vorjahren mehr als ausgelastet und hat keine personellen Kapazitäten für zusätzliche Projekte.“ In einem Fall wurde sogar darauf verwiesen, dass eine Planung auch mittelfristig nicht möglich sei. Solche Begründungen erwecken den Eindruck, dass eine politische Einflussnahme auf die Anpassung der Gestaltung des Stadtbezirks an aktuelle Anforderungen aus Sicht der Verwaltung nicht mehr möglich und offensichtlich auch nicht gewünscht ist. Diesem Eindruck soll durch eine konstruktive Diskussion entgegengewirkt werden.

Wolfgang Farnbacher  
Bündnis 90 / Die Grünen

Sophie Bergmann  
SPD-Bezirksratsfraktion